

zum geplanten **Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG)**

I. KURZZUSAMMENFASSUNG ZUM PNOG

Der Kern des Problems

Der **Referentenentwurf zum Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG)** vom 05.06.2026 enthält Maßnahmen, die auf den ersten Blick **ausgabenbegrenzend** wirken, aber in ihrer Gesamtwirkung die **Pflegeinfrastruktur in Brandenburg massiv destabilisieren** und Versorgungssicherheit gefährden. Das PNOG steht in direktem **Widerspruch zum Pflegepakt** und dem Ziel eines möglichst langen Verbleibs älterer Menschen in der Häuslichkeit.

Die fünf kritischen Punkte im PNOG

- **Qualitätsverlust** durch Professionalisierungsabbau (Beratungsbesuch §37 SGB XI entfällt)
- **Finanzierungskrise** für Pflegedienste (Aussetzung Tarifpflicht für 4 Jahre)
- **Strukturzerstörung** bei Entlastungsleistungen (Sozialraumbudget schwächt Tagespflege)
- **Arbeitsverdichtung** in der stationären Pflege (erhöhte Schwellenwerte für Pflegegrade)
- **Kostenverschiebung statt Einsparung** (Kosten verschoben auf Pflegebedürftige, Angehörige, Kommunen)

Forderungen der LIGA

Wir brauchen die Unterstützung der Landesregierung, damit der vorliegende Gesetzentwurf nachhaltig korrigiert wird! Professionelle Pflegestrukturen, die einmal zusammengebrochen sind, lassen sich nicht schnell wieder aufbauen – das gilt besonders für ein Flächenland wie Brandenburg.

Die Landesregierung kann...

- auf die zuständigen Fach-Ministerin, den Finanzminister und den Kanzler einwirken
- eine klare Position ggb. den „eigenen“ Bundestagsabgeordneten vertreten
- fachliche und öffentliche Kritik formulieren und kommunizieren
- sich mit anderen Bundesländern koordinieren (Flächenländer besonders betroffen)
- im Zweifel im Bundesrat gegen das Gesetz oder Teile davon stimmen

II. DIE KRITIKPUNKTE IM DETAIL

1. BERATUNGSBESUCH § 37 ABS. 3 SGB XI — WEGFALL AB 2028

Das Problem:

- Die bisherigen, qualifizierten Beratungsbesuch soll entfallen und durch eine „Pflegebegleitung“ der Pflegekassen oder Kommunen ersetzt werden.
 - Neue kasseninternen Berater müssen **keine pflegefachliche Qualifikation** haben
 - Ambulante Pflegedienste verlieren bewährtes Instrument zur **aufsuchenden Beratung**

Mögliche Folgen:

- Wegfall von ~110 Pflegefachkraft-Vollzeitstellen in Brandenburg
- Qualitätsverlust: 84 % der aktuellen Berater in Pflegediensten sind Fachkräfte vs. nur 32 % bei Kassen
- Verlust des **Frühwarnsystems für drohende Verschlechterung**
- Prävention wird nicht ausreichend finanziert → Krisen und Krankenhauseinweisungen steigen
- Drohende Pflegebedürftigkeit wird später erkannt, Pflegebedarf wird nicht verlangsamt

Kernforderung:

Ambulante Pflegedienste müssen weiterhin rechtlich als Beratungsanbieter verankert bleiben und verbindlich in die Pflegebegleitung eingebunden werden.

2. TARIFPFLICHT — AUSSETZUNG FÜR 4 JAHRE

Das Problem:

- Tarifpflicht wurde erst Herbst 2022 mit großem Umstellungsaufwand im Zuge des **Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes (GVWG)** eingeführt
- PNOG plant Aussetzung: Nur Grundlohnsummensteigerung (- 1%) wird refinanziert
- GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz: Tarifierhöhungen über Grundlohnsummensteigerung hinaus nur zu 50 % anerkannt
- Die **Grundlohnsummensteigerung** ist auf den ersten Blick nicht immer deutlich niedriger als die tariflichen Steigerungen. ABER: Sie wird erst jährlich zum 15.09. auf Grundlage alter Daten (Vorjahr) festgestellt.
- Das **Problem:**
 - Tarifabschlüsse sind BEREITS vereinbart, wenn die GLS festgestellt wird (Deckungslücke in 2024 von über 1% im Jahr; in 2027/28 zuzüglich 1%-Abzug!)
 - Neue Inflationsschocks können nicht abgebildet werden
 - Einmal nicht refinanzierte Lücken können später nicht kompensiert werden

Die Folgen:

- **Finanzierungslücke wächst strukturell Jahr für Jahr**
 - Pflegedienste unter Druck müssen aus der Tarifgemeinschaft auszutreten (wenn das geht)
- Der **Personalabbau** hochqualifizierter Fachkräfte ist unausweichlich
 - Die geplante Tarifdeckelung führt zu Personalabbau von 3-6 Stellen pro Einrichtung und Jahr; bei kleineren Einrichtungen (34 FZ-Kräfte): Lücke bei nur 1 % = 23.000 € pro Jahr
 - Fachkräftemangel wird aktiv **verschärft, nicht gelöst**
- Diese Entscheidung steht im **Gegensatz zum Koalitionsvertrag**: Tarifbindung stärken!

Kernforderung:

Die vollständige Tarifierkennung muss bestehen bleiben. Gehälter bis zur Höhe tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen dürfen nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden.

3. SOZIALRAUMBUDGET — SCHWÄCHUNG DER TAGESPFLEGE

Das Problem:

- Neues Budget: 175 €/Monat nur für Pflegegrade 2–5
- Ausgeschlossene Leistungen: **Tagespflege, Kurzzeitpflege und professionelle ambulante Pflege**
- **Pflegegrad 1 verliert die Leistung komplett** → nur noch Pflegebegleitung, kein Zugang zu niedrighschwelligen Angeboten
- Die wichtige Ansparfunktion des bisherigen Entlastungsbetrags entfällt (Urlaub, Kurzzeitpflege...)

Die Folgen für Tagespflege:

- Tagespflege ist zentrale Säule der Entlastung pflegender Angehöriger
Weniger Entlastung für Angehörige → frühere Heimunterbringung
- **Das Gesetz ist eine Existenzbedrohung für Tagespflegeeinrichtungen**
 - Weitere Reduktion von Tagespflegeplätzen wahrscheinlich
 - Die Inanspruchnahme sinkt schon jetzt, weil Eigenanteile steigen
- **Der "Pakt für Pflege 2.0" läuft ins Leere**: Investitionsmittel des Landes für Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflege werden wirkungslos, wenn die Grundfinanzierung fehlt

Kernforderung:

Das Sozialraumbudget muss auch für Tagespflege, Kurzzeitpflege und professionelle ambulante Pflege nutzbar bleiben.

4. PFLEGEGRADEINSTUFUNG — ERHÖHTE SCHWELLENWERTE

Das Problem:

- Schwellenwerte für Pflegegrade 1–3 sollen erhöht werden
- Orientierung an Expertenbeirats-Empfehlungen von 2013 (13 Jahre alt!)

Konsequenzen für vollstationäre Pflege:

- Personalbemessung nach § 113c SGB XI orientiert sich am **Pflegegradmix der Bewohner**
- Höherer Anteil von Bewohnern mit niedrigerem Pflegegrad = **automatisch niedriger refinanzierbare Personalmenge**
- Der **tatsächliche Pflegebedarf bleibt gleich**, aber weniger Personal wird bezahlt
- **Arbeitsverdichtung und Qualitätsverlust drohen**
- Spätere Einschätzung führt zu höherem Pflegebedarf, mehr Krisen, mehr Krankenhauseinweisungen, frühere Heimunterbringung

Kernforderung:

Schwellenwertanpassungen müssen auf aktuellen pflegewissenschaftlichen Erkenntnissen basieren, nicht auf Ausgabenbegrenzung.

5. DAS FAZIT: GESAMTSYSTEMISCHES VERSAGEN

Die LIGA warnt:

„Die im PNOG geplanten Maßnahmen sind in ihrer Wechselwirkung wie ein Brandbeschleuniger für eine Versorgungskrise, die in Brandenburg bereits heute spürbar ist!“

Wechselwirkungen:

Fallende Personalzahlen (Tarifaussetzung)
+ Wegfall Finanzierungsquellen (Entlastungsbetrag)
+ Schlechterer Pflegegradmix (höhere Schwellenwerte)
= **Massiv gefährdete Flächenversorgung**

Die vermeintlichen Ersparnisse sind kurzfristig:

- Kosten werden nur verschoben (auf Pflegebedürftige, Angehörige, später in Krankenhäuser)
- Professionelle Pflegestrukturen lassen sich nicht schnell wieder aufbauen
- **Brandenburg ist Flächenbundesland** – Ausfallrisiko besonders hoch

III. AKTION „LEERES PFLEGE BETT“ AM 27.07.2026

Ziel und Symbolik

- **Ein leeres Pflegebett als Symbol** für drohende Angebotsausfälle
- Wenn Plätze nicht mehr angeboten werden, weil Einrichtungen nicht wirtschaftlich arbeiten können
- Wenn ambulante Dienste ihre Touren nicht mehr fahren können
- **Öffentlich sichtbares Zeichen gegen die Reform in dieser Form**

Zweites Motiv

- „Dieses Auto fährt nicht mehr“ (für ambulante Dienste)
- Symbolisiert Fahrtausfälle bei Pflegediensten

Der Ablauf am 27.07.2026

Stationäre Einrichtungen:

- Pflegebett wird gut sichtbar vor der Einrichtung aufgestellt
- A1-Plakat weist auf die Aktion hin
- Karten informieren über die Details
- Social Media – Aktivitäten und intensive Pressearbeit

Ambulante Dienste:

- A5-Autoaufkleber wird an möglichst vielen Fahrzeugen angebracht
- Karten informieren über die Details
- Social Media – Aktivitäten und intensive Pressearbeit

Begleitmaßnahmen

Pressekonferenz & Fototermin:

- 27.07.2026, 9:30 Uhr Landespressekonferenz im Brandenburger Landtag
- Schreiben an Bundestagsabgeordnete (Gesundheitsausschuss, demokratische Parteien)
- Einladung an die Politik zu Gesprächen
- Gespräche mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege, Gleichstellung (MASGZ)

Potsdam, 27.07.26

V.i.S.d.P.: Andreas Kaczynski
(LIGA Federführung)